Abgeordnetenhaus BERLIN

19. Wahlperiode

Plenar- und Ausschussdienst

Beschlussprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie

32. Sitzung
25. Januar 2024

Beginn: 14.07 Uhr
Schluss: 17.02 Uhr
Vorsitz: Frau Abg. Sandra Khalatbari (CDU)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie wird durch Frau Senatorin Günther-Wünsch (SenBJF) und Herrn Staatssekretär Liecke (SenBJF) repräsentiert.

Die Vorsitzende weist darauf hin, dass die Sitzung live auf der Homepage des Abgeordnetenhauses als Stream übertragen werde und überdies im Nachgang auf der Homepage des Abgeordnetenhauses über die Mediathek abrufbar sei. Sie stellt fest, dass die Pressevertreterinnen und Pressevertreter Bild- und Tonaufnahmen dieser öffentlichen Ausschusssitzung gemäß Art. 44 Abs. 1, S. 2 der Verfassung von Berlin i. V. m. § 4 Abs. 3 und Abs. 2, S. 2 der Hausordnung der Präsidentin vom 14. März 2023 anfertigen dürfen.

Die Vorsitzende begrüßt Herrn Abg. Scheel (Die Linke). Er ist neues ordentliches Mitglied im Ausschuss für die Fraktion Die Linke. Frau Abg. Schubert (Die Linke), die zuvor Mitglied des Ausschusses war, ist entsprechend der, nach Art. 44 Abs. 2, S. 2 der Verfassung von Berlin erforderlichen, Mitteilung des Parlamentarischen Geschäftsführers der Fraktion Die Linke an die Präsidentin des Abgeordnetenhauses vom 17. Januar 2024 aus dem Ausschuss ausgeschieden.

Herr Abg. Krüger (Bündnis 90/Die Grünen) moniert, dass entgegen der Bitte des Ausschusses, der Senat möge zu Punkt 5 der heutigen Tagesordnung Herrn Prof. Dr. Jörg Kayser in seiner Funktion als Prozessbegleiter zur Gründung eines Berliner Landesinstituts für Aus-, Fort- und Weiterbildung in die Sitzung entsenden und das Wort erteilen, der Senat diese Entsendungsbitte des Ausschusses abgelehnt habe und bittet um Aufklärung. Frau Senatorin Frau Senatorin Günther-Wünsch (SenBJF) nimmt dazu Stellung.

Punkt 1 der Tagesordnung

a) **Aktuelle Viertelstunde**

Gemäß Punkt 4, Abs. 6 der Verfahrensregeln des Ausschusses vom 17. Mai 2023 ruft die Vorsitzende die folgenden schriftlich eingereichten Fragen der Fraktionen in der Reihenfolge ihres zeitlichen Eingangs auf. Frau Senatorin Günther-Wünsch (SenBJF) beantwortet diese sowie spontane mündliche Nachfragen der Ausschussmitglieder (zu den Antworten des Senats und der Nachfragen der Ausschussmitglieder vgl. Inhaltsprotokoll):

- „Wie und bis wann plant die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie die anteilig zugewiesene PMA im EP 10 – nach Berechnung der Linksfraktion sind das insgesamt etwa 330 Mio. € - aufzulösen?“
  (Die Linke)

- „Für welche Träger, die Zuwendungen aus dem EP 10 erhalten, und für welche Projekte aus welchem Titel gibt es vor dem Hintergrund der hohen PMA im Einzelplan bereits Verträge für das Jahr 2024, um die Kürzung ihrer Zuwendungen zu verhindern?“
  (Bündnis 90/Die Grünen)

- „Wie bewertet der Senat den aktuellen Beschluss des Oberverwaltungsgerichts, der bezüglich der gesetzlichen Regelungen zu Aufnahmeverfahren an über-nachgefragten Schulen mit sonderpädagogischem Förderschwerpunkt Nachbesserungsbedarf beschreibt?“
  (SPD)

Überdies beantwortet Frau Senatorin Günther-Wünsch (SenBJF) eine spontane mündliche Frage des Herrn Abg. Weiss (AfD) nach einem Zusammenhang zwischen den kürzlich veröffentlichten Zahlen des Statistischen Bundesamts bezüglich der Schülerinnen und Schüler im Bundesand Berlin, die eine Klassenstufe wiederholen müssen und den Berliner Bildungsergebnissen im Vergleich zum Bundesland Bayern.

Abschließend beantwortet Frau Senatorin Günther-Wünsch (SenBJF) eine spontane mündliche Frage der Frau Abg. Khalatbari (CDU) im ihrer Funktion als bildungspolitische Sprecherin der Fraktion der CDU nach der Anzahl an Schulen, an denen es zum Jahresende 2023 bzw. Jahresbeginn 2024 zu kältefrei bzw. Heizproblemen gekommen ist.

b) **Bericht aus der Senatsverwaltung**

Frau Senatorin Günther-Wünsch (SenBJF) berichtet über folgende Punkte:

- Ergebnisse und Auswirkungen des Gebäudescans der Kultur- und Erwachsenenbildungsinfrastruktur der Bezirke,

- Eröffnung eines neuen Welcome Standorts in Charlottenburg-Wilmersdorf für junge Familien, um nach der Geburt durch Ehrenamtliche entlastet und unterstützt zu werden

und

- kürzlich stattgefundene Senatssitzung in Friedrichshain-Kreuzberg und dortiges Gespräch mit den dortigen Demonstrantinnen und Demonstranten über die Angebote in der Familien- und Jugendförderung.

Sie beantwortet diesbezügliche Fragen der Ausschussmitglieder (siehe Inhaltsprotokoll).

Punkt 2 der Tagesordnung

Wahl des stellvertretenden Schriftführers

Die Vorsitzende informiert den Ausschuss darüber, dass die AfD-Fraktion eine neue Wahlvorlage eingereicht habe.

Sie stellt fest, dass für die Position des stellvertretenden Schriftführers die AfD-Fraktion gemäß den §§ 25 Abs. 2, 19 Abs. 1, S. 2 GO Abghs vorschlagsberechtigt sei.

Die AfD-Fraktion schlägt Herrn Abg. Weiss (AfD) für die Position des stellvertretenden Schriftführers vor. Die Vorsitzende stellt das Einverständnis des Herrn Abg. Weiss (AfD) mit der Kandidatur fest.

Herr Abg. Weiss (AfD) beantragt die Durchführung der geheimen Wahl.

Die Vorsitzende stellt fest, dass nach § 74 Abs. 2 i. V. m. § 26 Abs. 9 GO Abghs bei einem Widerspruch eines stimmberechtigten Ausschussmitglieds gegen eine offene Wahl eine geheime Wahl durchgeführt werden müsse.

In dem vorliegenden Antrag auf Durchführung einer geheimen Wahl liege ein Widerspruch eines stimmberechtigten Ausschussmitglieds gegen eine offene Wahl, so dass die Wahl geheim durchzuführen sei.

Die Vorsitzende gibt folgende Hinweise zum Verfahren bei einer geheimen Wahl im Ausschuss nach den §§ 74, 25 Abs. 2, 26 Abs. 9 GO Abghs:

- Die Wahl erfolge ohne Aussprache.

- Gewählt sei, wer die einfache Stimmenmehrheit erhalte. Etwaige Enthaltungen bleiben bei der Ermittlung der Stimmenmehrheit außer Betracht.

- Sie werde die Namen der wahlberechtigten Abgeordneten zu Beginn des Wahlgangs verlesen.

- Die Schriftführerin, Frau Abg. Dr. Wojahn (Bündnis 90/Die Grünen),werde jedem wahlberechtigten Abgeordneten nach Namensaufruf und vor Eintritt in die Wahlkabine einen Stimmzettel aushändigen.

- Der Stimmzettel sehe die Möglichkeit vor, „Ja“, „Nein“ oder „Enthaltung“ anzukreuzen. Es dürfe nur ein Feld angekreuzt werden. Stimmzettel ohne ein Kreuz, mit mehreren Kreuzen, anders als durch ein Kreuz gekennzeichnet oder mit zusätzlichen Bemerkungen oder Kennzeichnungen seien ungültig.

- Der Stimmzettel sei in der Wahlkabine auszufüllen und in der Wahlkabine zu falten, so dass der Inhalt nicht mehr zu sehen sei.

- Abgeordnete, die außerhalb der Wahlkabine ihren Stimmzettel kennzeichnen oder falten, werden zurückgewiesen.

- Der stellvertretende Vorsitzende, Herr Abg. Hopp (SPD), werde nach dem Einwerfen des gefalteten Stimmzettels in die Wahlurne die jeweilige Stimmabgabe vermerken und den jeweiligen Namen auf der Liste abhaken.

Die Vorsitzende eröffnet den Wahlvorgang und verliest die Namen der anwesenden, wahlberechtigten Abgeordneten. Diese gehen nach Namensaufruf einzeln zu der im Sitzungssaal aufgestellten Wahlkabine und geben gemäß des zuvor dargestellten Verfahrens bei einer geheimen Wahl ihre Stimme ab.

Nach der Durchführung der Wahl fragt die Vorsitzende, ob alle wahlberechtigten Abgeordneten, deren Namen sie verlesen habe, gewählt haben. Es erfolgt kein Widerspruch. Die Vorsitzende schließt daraufhin den Wahlgang.

Der stellvertretende Vorsitzende, Herr Abg. Hopp (SPD), und die Schriftführerin, Frau Abg. Wojahn (Bündnis 90/Die Grünen), nehmen die Auszählung vor und tragen das Ergebnis auf einem Formular ein, das sie beide unterzeichnen.

Die Vorsitzende verliest das auf dem Formular vermerkte Auszählungsergebnis. Es seien insgesamt 22 Stimmen abgegeben worden, die alle gültig seien. Es lägen 20 Nein-Stimmen und 2 Ja-Stimmen vor.

Die Vorsitzende stellt nach den §§ 26 Abs. 9, 74 Abs. 7 GO Abghs formal fest, dass Herr Abg. Weiss (AfD) nicht zum stellvertretenden Schriftführer gewählt worden sei.

Punkt 3 der Tagesordnung

a)	Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs **Fehlende Schulplätze in Berlin: Wie geht es weiter im Schuljahr 2023/2024?** (auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke)	0154 BildJugFam
b)	Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs **Aktueller Lehrkräftebedarf und akute Maßnahmen gegen den Lehrkräftemangel** (auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke)	0155 BildJugFam
c)	Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs **Schuljahr 2023/2024 – sichere Schulplatzversorgung für Berlin** (auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD)	0171 BildJugFam
d)	Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs **Entwicklung der Schülerzahlen sowie mittelfristige Lehrkräftebedarfsplanung – Jährlicher Bericht – (Rote Nummer 0996)** (auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke)	0175 BildJugFam
e)	Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs **Maßnahmen zur Erhöhung der Anzahl an Absolventinnen und Absolventen in Lehramtsstudiengängen (Rote Nummer 0606 B)** (auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke)	0176 BildJugFam
f)	Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs **Maßnahmen zur Erhöhung der Anzahl an Absolventinnen und Absolventen in Lehramtsstudiengängen (Rote Nummer 0606 C)** (auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD)	0215 BildJugFam

Die Vorsitzende gibt einleitend folgende Hinweise:

- Zu den Punkten 3 b), d) und e) werde der Ausschuss die bereits durchgeführte Anhörung aus der 23. Sitzung vom 22. Juni 2023 auf der Basis des vorliegenden Wortprotokolls auswerten.

- Die Punkte 3 a) und c) habe der Ausschuss in der besagten 23. Sitzung und in der 30. Sitzung am 7. Dezember 2023 aus zeitlichen Gründen ohne Beratung vertagt. Punkt 3 f) habe der Ausschuss ebenfalls in der 30. Sitzung ohne Beratung vertagt.

- Insofern seien die Punkte 3 b), d) und e) durch die Antrag stellenden Fraktionen bereits in der 23. Sitzung am 22. Juni 2023, in der auch die Anhörung erfolgt sei, begründet worden, so dass diesbezüglich gleich die schon begonnene Beratung fortgesetzt werden könne.

Herr Abg. Krüger (Bündnis 90/Die Grünen) begründet den Besprechungsbedarf zu Punkt 3 a) für die Antrag stellenden Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke.

Frau Abg. Dr. Lasic (SPD) begründet für die Antrag stellenden Koalitionsfraktionen der CDU und SPD den jeweiligen Besprechungsbedarf zu den Punkten 3 c) und 3 f).

Frau Senatorin Günther-Wünsch (BJF) nimmt einleitend Stellung.

Im Anschluss an die Beratung beschließt der Ausschuss einvernehmlich, die Besprechungspunkte zu allen Unterpunkten des Punktes 3 abzuschließen.

Punkt 4 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke Drucksache 19/1015 **Saubere Schulen, gute Arbeitsbedingungen: Schulreinigung kommunalisieren**	0180 BildJugFam ArbSoz* Haupt(f)

Die Vorsitzende gibt einleitend den Hinweis, dass der Ausschuss für Arbeit und Soziales am 7. Dezember 2023 eine Stellungnahme an den federführenden Hauptausschuss abgegeben habe. Darin empfehle er mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke bei Enthaltung der AfD-Fraktion, den Antrag zu der Drucksache 19/1015 abzulehnen.

Frau Abg. Brychcy (Die Linke) begründet den Antrag für die Antrag stellenden Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke.

Frau Abg. Brychcy (Die Linke) stellt einen Änderungsantrag für die Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke mit dem Inhalt, das Berichtsdatum in dem Antrag zu ändern und als neues Berichtsdatum den „30. August 2024“ einzufügen.

Der Ausschuss beschließt mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke bei Enthaltung der AfD-Fraktion, dem federführenden Hauptausschuss zu empfehlen, den Antrag auf der Drucksache 19/1015 auch mit dem geänderten Berichtsdatum des „30. August 2024“ abzulehnen. Eine dementsprechende Stellungnahme wird dem federführenden Hauptausschuss zugeleitet.

Punkt 5 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs **Sachstand zum neu zu gründenden Landesinstitut für Aus-, Fort- und Weiterbildung** (auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke)	0163 BildJugFam

Herr Abg. Krüger (Bündnis 90/Die Grünen) begründet den Besprechungsbedarf für die Antrag stellenden Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke.

Frau Senatorin Günther-Wünsch (SenBJF) nimmt im Rahmen der Beratung Stellung.

Im Anschluss an die Beratung beschließt der Ausschuss einvernehmlich, die Besprechung zu diesem Punkt abzuschließen.

Punkt 6 der Tagesordnung

Antrag der AfD-Fraktion Drucksache 19/1234 **Für mehr Lernerfolg, Empathie und Gesundheit: Gesetz zur Smartphone-Regelung an Schulen**	0216 BildJugFam

Herr Abg. Weiss (AfD) begründet den Antrag.

Im Rahmen der Beratung nimmt Frau Senatorin Günther-Wünsch (SenBJF) Stellung.

Im Anschluss an die Beratung beschließt der Ausschuss mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke gegen die Stimmen der Fraktion der AfD, dem Plenum zu empfehlen, den Antrag – Drucksache 19/1234 – abzulehnen. Eine entsprechende Beschlussempfehlung wird dem Plenum zugeleitet.

Punkt 7 der Tagesordnung

Verschiedenes

Die Vorsitzende kündigt an, dass sie im Anschluss an diese Sitzung eine Runde der Sprecherinnen und Sprecher zur Festlegung der kommenden Sitzung einberufen werde.

Die nächste 33. Sitzung findet am Donnerstag, dem 15.02.2024, um 14.00 Uhr statt.

Die Vorsitzende Die Schriftführerin

Sandra Khalatbari Tonka Wojahn